

Abt. Internationale
Organisationen

Berlin, den 9. März 1965

UNO-Fin

11.11.65
-17-
1. Europ. Abteilung
10. MÄRZ 1965
Posteingang-Nr. VD
Postausgang-Nr. 73/65
VERBODEN

Vertrauliche Dienstbescheide

7 Ausfertigungen

5 Ausfertigung 7 Bl.

000051

112/65

Über ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Internationale
Organisationen des sowjetischen Außenministeriums,
Genossen N o w i k o w , am 2.3.1965.

An dem Gespräch nahmen teil:

Kollege T h u n

Kollege Z e n k e r

Kollege F i n k e - Attaché der Botschaft der DDR
in Moskau

Von der sowjetischen Seite war der Genosse J u d i n anwesend.

Der Zweck des Gesprächs bei Genossen Nowikow bestand darin, nach
Möglichkeit von ihm eine Einschätzung des Verlaufs der Haupt-
probleme der XIX. UNO-Vollversammlung zu erhalten.

Besonders interessierte uns die Meinung des Genossen N. über die
Probleme im Zusammenhang mit der sogenannten Finanzkrise, die Ver-
handlungen mit der westlichen Seite dabei und die Haltung der
einzelnen Staatengruppen, insbesondere bei der Abstimmung zum
albanischen Vorschlag.

Von mir wurde zu Anfang gesagt, dass der Eindruck entstand, dass es
uns nicht völlig geglückt ist, die afroasiatischen Staaten von
unserem Standpunkt, d.h. vom Standpunkt der sozialistischen Staaten,
in der entscheidenden politischen Frage des Verhältnisses Sicher-
heitsrat und Vollversammlung zu überzeugen. Ich bat Genossen N.,
uns zu sagen, wie sie insbesondere die Haltung der einzelnen
Staatengruppen und Staaten einschätzen und wie die Abstimmung über
den albanischen Antrag zu beurteilen ist, da doch dort aufgefallen
sei, dass ein Grossteil fortschrittlicher afrikanischer Staaten
sich der Stimme enthalten hat. Ich sagte, dass man sich des Ein-
drucks nicht erwehren könne, dass das Abstimmungsergebnis doch

durch die Stimmenthaltungen einer Reihe von nicht unbedeutenden Staaten Fragen aufwerfe, die schlüssig im Zusammenhang stehen mit der Rolle, die die UNO überhaupt spielt bzw. spielen soll. Wenn man dabei noch daran denkt, dass es eine Reihe regionalistischer Tendenzen gibt (in Afrika: Afrikanische Fragen gehören nicht in die UNO, sondern in die Organisation afrikanischer Einheit; in Asien: asiatische Probleme müssen von den asiatischen Ländern gelöst werden), liegt der Gedanke nahe, ob und wie bestimmte Staaten überhaupt zur UNO stehen und ob sich nicht ein gewisser Wandel abzeichnen könnte in der Einstellung zur UNO.

Genosse N. war zuerst sehr zurückhaltend und erklärte gleich, dass er über die Hintergründe der Haltung der einzelnen Staaten bei der Abstimmung zum albanischen Antrag auch keine anderen Informationen habe, als die, die veröffentlicht wurden. Er sei daher in der gleichen Lage wie die DDR-Vertreter.

Zur Situation und Diskussion um die Beilegung der sogenannten Finanzkrise sagte N., dass der Standpunkt der USA und der Sowjetunion sich diametral entgegenstehen und dass die SU keinerlei weitere Zugeständnisse machen kann und darf. Er bestätigte das, was wir gesagt haben, dass es dabei in keiner Weise um finanzielle Fragen geht, obwohl sie auch eine Rolle spielen, sondern um die Grundfrage, ob der Sicherheitsrat oder die Vollversammlung Entscheidungen über den Einsatz von Truppen und allen damit zusammenhängenden Fragen treffen kann. Sehr heftig und nachdrücklich erklärte Genosse N., dass die UdSSR und die sozialistischen Staaten niemals ihre Sicherheit und Massnahmen zur Entsendung von UNO-Truppen abhängig machen können von Mehrheitsentscheidungen in der Vollversammlung. Er unterstrich, dass die Sicherheit der sozialistischen Staaten nicht von der UNO abhängt, dass aber die sozialistischen Staaten sich niemals auf Gnade oder Ungnade der UNO ausliefern können, d.h. die SU wird niemals von dem Prinzip abgehen, dass nur der Sicherheitsrat und allein er, wo das Einstimmigkeitsprinzip herrscht, die Instanz sein darf, die über den Einsatz von UNO-Truppen entscheidet.

In dieser Frage, erklärte Genosse N., sind die Standpunkte der sozialistischen Staaten und der afro-asiatischen Staaten auch nicht in Übereinstimmung. Alle - Genosse Nowikow unterstrich diesen Fakt - afroasiatischen Staaten stehen auf dem Standpunkt, dass die Vollversammlung das Recht zur Entscheidung auch bei friedenssichernden Aktionen haben muss, wenn der Sicherheitsrat zu keinem Beschluss gekommen ist. D.h. die afroasiatischen Staaten stehen auf dem Standpunkt der Resolution "UNITING FOR PEACE", die für die Vollversammlung das Recht fordert, Beschlüsse für friedenssichernde Aktionen zu fassen, wenn im Sicherheitsrat keine Einstimmigkeit der Grossmächte erreicht werden konnte. Genosse N. sagte, dass diese Haltung der Afroasiaten natürlich von den USA ausgenutzt wird, da die Afroasiaten in dieser Frage dem Standpunkt ziemlich nahe stehen, den die USA einnehmen.

Darüber hinaus muss man feststellen, dass auch die Afroasiaten in einem zweiten Punkt eine andere Meinung als die sozialistischen Staaten haben. Sie vertreten den Standpunkt, dass die Kosten für friedenssichernde Aktionen von den "reichen" Staaten getragen werden müssen und nicht von den "armen".

In diesen beiden Fragen gibt es zwischen den sozialistischen Staaten und den Afroasiaten keinerlei Übereinstimmung. Nur in einem Punkt ist die Mehrzahl der Afroasiaten mit den sozialistischen Staaten einer Meinung.

Die afroasiatischen Staaten sind gegen eine Lösung der sogenannten Finanzkrise durch die Anwendung des Artikels 19.

Genosse N. hat dann noch einmal die sowjetische Haltung zum Vorschlag der Afroasiaten dargelegt und bestätigt, dass die UdSSR bereit ist, einen wesentlichen Beitrag für diesen sogenannten Hilfsfonds zu machen, um die finanziellen Probleme der UNO lösen zu helfen. Die UdSSR wird aber niemals bereit sein, diesen Beitrag, den sie zu leisten bereit ist, in Zusammenhang zu bringen mit den angeblichen Schulden, mit

denen sie belastet worden ist. Die USA und eine Reihe anderer Staaten, im Übrigen auch aus der Gruppe der Afroasiaten, hatten versucht, die Sowjetunion dazu zu bewegen, eine Zahlung zu leisten in der Höhe des Unterschiedes zwischen dem von der UNO (nach westlichen Berechnungen) berechneten Zweijahres-Beitrag und der auf der gleichen Berechnungsbasis festgelegten Verschuldung über diesen Zweijahres-Betrag hinaus. Nowikow sagte, dass eine Zustimmung der SU zu diesem Vorschlag bedeutet hätte, dass sie überhaupt diese sogenannte Verschuldung anerkennt. Das kommt für die SU nicht in Frage. Sie ist bereit, wie schon gesagt, zur Lösung der finanziellen Seite der Probleme beizutragen, aber in keiner Weise darf

1. der Artikel 19 in Betracht gezogen werden, die Vollversammlung muss zum gegebenen Zeitpunkt normal arbeiten, und
2. die Bezahlung in keiner Weise in Verbindung gebracht werden mit den sogenannten Schulden für die Kosten der UNO-Truppen im Kongo und Nahen Osten.

Genosse N. betonte nachdrücklich, dass auch bis zum 1.9.65 keine Lösung gefunden werden wird, wenn die USA ihren bisherigen Standpunkt in dieser Frage nicht verändert.

Mit gewisser Bitterkeit stellte Genosse N. fest, dass die afroasiatischen Staaten in all diesen Diskussionen immer nur versucht haben, auf die SU Druck auszuüben, aber niemals in gleicher Weise gegenüber den USA aktiv wurden.

Zur Haltung dieser Staaten zur UNO selbst meinte er, dass wohl die Mehrzahl der afroasiatischen Staaten durchaus für die Erhaltung der UNO ist, insbesondere wegen der doch erheblichen praktischen technischen Hilfe, die diese Staaten über die UNO bekommen. Die UdSSR hat nichts gegen regionale Tendenzen dieser Staaten und sieht darin keinerlei Gefahr. Es ist aber nicht anzunehmen, dass die afroasiatischen

Staaten irgendwie daran interessiert wären, dass die UNO ihr Dasein aufgibt.

Die sozialistischen Staaten sind nach Meinung von Genossen N. durchaus daran interessiert, dass die UNO erhalten bleibt, als ein Instrument zur Durchsetzung und Propagierung der aussenpolitischen Ziele der sozialistischen Staaten, als eine Organisation, in der, wenn auch unter besonderen Bedingungen, die Zusammenarbeit und die Einheitlichkeit des ant imperialistischen und antikolonialen Lagers gefestigt werden kann.

Aber niemals wird die SU bereit sein, auch nicht auf Druck der afroasiatischen Staaten oder einzelner sozialistischer Staaten, von ihrer Grundhaltung abzugehen und ihre Sicherheitsinteressen der Vollversammlung der UNO auszuliefern.

Nähere Einzelheiten über die Vorstellungen Frankreichs zur Reorganisation der UNO liegen Genossen N. z.Zt. nicht vor.

Die sagte er auf eine entsprechende Anfrage von mir.

In dem Zusammenhang stellte er fest, dass Frankreich unverändert seine Position in den Fragen der sogenannten Finanzkrise verteidigt hat. In welche Richtung allerdings Frankreichs Überlegungen in einzelnen gehen, sei ihm bisher nicht bekannt.

Genosse N. sagte dann, dass der Antrag Albanians in der Vollversammlung eine ausgesprochene Provokation gewesen sei mit der Absicht, durch ein Zusammenprallen unter Umständen die Organisation überhaupt zum Scheitern zu bringen. Welche Gründe 13 Staaten bewegen haben, sich der Stimme zu enthalten, sei ihm in einzelnen nicht bekannt. Vielleicht liegt bei einer Reihe von ihnen die Absicht zu Grunde, es sich weder mit uns, d.h. der UdSSR, noch mit der VR China zu verderben.

Genosse N. sagte, dass man jetzt die Verhandlungen des 33-Staaten-Ausschusses vorbereitet. Die Haltung der SU würde jetzt erst vorbereitet, so dass er dazu gar nichts Näheres sagen könne.

Zur Haltung Albaniens meinte Genosse N. noch, dass - wenn diese Haltung konsequent gewesen wäre - man eigentlich hätte erwarten müssen, dass Albanien nach diesem provokatorischen Auftreten aus der UNO austritt. Das aber ist auch nicht geschehen.

Ich bedankte mich bei Genossen Nowikow für diese Ausführungen und bemerkte noch einmal, dass wir völlig den Standpunkt der UdSSR in dieser Frage teilen, dass auf keinen Fall die Rechte der UdSSR im Sicherheitsrat durch Beschlüsse in der Vollversammlung eingeschränkt werden können und dürfen.

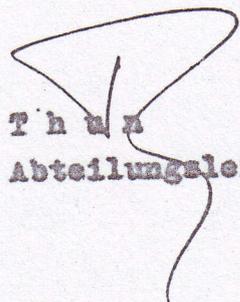
In diesem Zusammenhang stellte ich die Frage, wie es mit der Erweiterung des Sicherheitsrates und des Wirtschafts- und Sozialrates wird, ob wohl noch damit gerechnet werden kann, dass bei einer Erweiterung des Sicherheitsrates evtl. auch weitere Mächte in den Kreis der Grossmächte aufgenommen werden sollten, wie das aus sowjetischen Vorschlägen und auch aus Überlegungen der DDR hervorgeht. Genosse N. sagte, dass die Ratifizierung der Resolution der Vollversammlung über die Erweiterung der beiden Räte durch die sozialistischen Staaten positiv von den afroasiatischen Staaten aufgenommen wurde. Aber die westlichen Grossmächte haben sich bisher noch nicht dazu geäußert, Der Druck der Afroasiaten richtet sich also in dieser Frage jetzt gegen den Westen.

Ob es aber zweckmässig wäre, nach einer Erweiterung auch die Zahl der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu vergrössern, möchte er stark bezweifeln. Er bestätigte, dass die UdSSR solche Vorschläge einmal gemacht hat, Indien und Indonesien die gleichen Rechte im Sicherheitsrat wie den anderen 5 ständigen Mitgliedern zu gewähren. Nach seiner Meinung könne aber dadurch das Problem in keiner Weise gelöst werden. Wenn man jetzt daran denkt, evtl. einem asiatischen oder afrikanischen Staat die Rechte eines ständigen Mitglieds im Sicherheitsrat zu gewähren, würde das zu grossen Widersprüchen innerhalb der asiatischen und afrikanischen Staaten führen und zweifellos in keiner Weise die Situation verbessern.

Ich bedanke mich bei Genossen Nowikow dafür, dass die sowjetische Vertretung in New York bei U Thant vorstellig geworden ist gegen die Einbeziehung Westberlins in westdeutsche Zahlenangaben. Ich stellte fest, dass dieser Schritt der sowjetischen Vertretung für uns eine wichtige Unterstützung ist in unseren Bemühungen, auch in der UNO zu verhindern, dass Westdeutschland sich das Recht anmasst, für Westberlin zu sprechen.

Schliesslich wies ich Genossen N. noch auf das Problem der Zirkulierung unserer Dokumente in der Vollversammlung hin. Dabei stellte ich die Frage, ob ihm bekannt sei, dass U Thant eine Weisung erlassen habe, dass Dokumente von Nichtmitgliedstaaten nur mit einer Note des Sekretariats zirkuliert werden und nicht offizielle Dokumente der UNO-Vollversammlung werden könnten. Ich sagte ihm, dass wir diese Frage deshalb so ernst nehmen, weil sie ein Präzedenzfall werden kann für andere Organe der UNO. Genosse N. kannte dieses Problem nicht, versprach aber, sich zu erkundigen und uns zu informieren.

Auf meine Frage nach der Festtagung der UNO in San Francisco (26. Juni) teilte Genosse N. mit, dass es sich hierbei nicht um eine UNO-Veranstaltung handelt. Es handelt sich um eine Veranstaltung der Stadt San Francisco, zu der der Oberbürgermeister dieser Stadt einlädt. Die eigentliche Jubiläumstagung ist die normale IX. Vollversammlung, die ja nach Vorschlag der UdSSR auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs durchgeführt werden soll. Auf eine entsprechende Bemerkung von mir kurzerte Genosse N. seine Meinung, dass es wohl kaum zweckmässig sein wird, besondere Grüsse an diese Veranstaltung in San Francisco zu richten.


U Thant
Abteilungsleiter

Verteiler:

Minister Dr. Bels
Staatssekretär Winzer
stellv. Min. Stibi
Inform. Abt.
l. EA
Botschaft Moskau
Int. Org.